

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mecklen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg

Nr. 241.

Neuenbürg, Samstag, den 14. Oktober 1922.

80. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Die Generaldebatte zum Etat im Reichstag war ein Ereignis, das die parlamentarische Arbeit in Deutschland für einige Tage in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit brachte. Sie dauerte 9 Tage mit mehreren Doppelungen und brachte zusammen mehr als 100 Stunden an Reden, die den Durchschnitte von 2 Stunden und darüber erreichten. Obwohl die Debatte von der Öffentlichkeit als ein Ereignis betrachtet wurde, das die Aufmerksamkeit der Nation auf sich zog, so ist es doch ein Ereignis, das für die parlamentarische Arbeit in Deutschland von großer Bedeutung ist. Die Debatte wurde durch die allgemeine Lage in Deutschland bestimmt, die durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und die politischen Veränderungen in den Nachbarländern bestimmt wurde. Die Debatte wurde durch die allgemeine Lage in Deutschland bestimmt, die durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und die politischen Veränderungen in den Nachbarländern bestimmt wurde.

Die ihnen abgenommenen Waren werden dem Zollamt zur Verfügung gestellt. Die weitere Folge ist die Ausweisung. München, 13. Okt. Von Abgeordneten des Bayerischen Landtages wurde im Landtag eine kurze Anfrage eingebracht, in der die Bekämpfung angefordert wird, daß die Münchener Schuhwaren-Gewerkschaften „Romco“ und „Reptun“ große Schenkungen gemacht und massenhaft eingelagerte, billige gefälschte Schuhwaren jetzt zu 4000 Mark ausgesetzt haben. Die Regierung wird gefragt, ob Schritte unternommen sind, um diese zurückgehaltenen Schuhwaren der notleidenden Bevölkerung auszuführen. Jena, 13. Okt. Die Universität gibt bekannt, daß Ausländer an der Universität zugelassen werden, soweit den Deutschen im Verhältnis des ausländischen Studierenden Gegenseitigkeit verbürgt ist. Ausländer haben den fünfjährigen Betrag der für Ausländer geltenden Unterrichtsgebühren, Gebühren und Sachkostenbeiträge zu entrichten; Erhöhung bleibt vorbehalten. Berlin, 13. Okt. Wie aus Leipzig gemeldet wird, findet am kommenden Montag die Einführung des neuen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons statt. In diesem Zweck werden sich der Reichspräsident und der Reichsminister Radowitz nach Leipzig begeben. Beide werden Auftritte halten. Darauf wird sich Dr. Simons mit einer Einführungsrede den Mitgliedern des Reichsgerichts vorstellen und Vertreter des Richterkollegiums und der Rechtsanwaltschaft werden antworten. Berlin, 13. Okt. Der Reichstagsausschuß für Bildungswesen hat nach der Sommerpause keine Verhandlungen über das Reichsschulgesetz wieder aufgenommen, setzte aber zunächst die Beratung über die Paragraphen 2 bis 4 aus, da über sie noch Beratungen unter den Regierungsparteiern stattfinden sollen. Bei Paragraph 6 wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei beschlossen, auch das Antragrecht solcher Erziehungsberechtigten, die Ausländer oder nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, auszuüben.

Das neue Gemeinderatswahlgesetz. Außer den schon erwähnten Erweiterungen des Wahlrechts bringt der neue Gesetzentwurf über die Änderung des Gemeinderatswahlgesetzes, der jetzt im Druck erschienen ist, auch noch die Bestimmungen, daß gemäß Art. 17 der Reichsverfassung die Gemeinderatswahl fünfjährig in allen Gemeinden des Landes nach den Grunddaten der Verhältnisschätzung stattfinden müssen, während bisher Gemeinden von weniger als 500 Einwohnern von dieser Bestimmung ausgenommen waren. Außerdem will eine neue Bestimmung verhindern, daß, wie bei den letzten Wahlen in kleineren Gemeinden vorgekommen ist, im Falle der vorübergehenden Einziehung weiterer Wahlberechtigung oder bei Nichtabhaltung einer Abstimmung der Wähler, keinen Wahlvorschlages einzureichen, nur der eine eingereichte Wahlvorschlages zum Zuge kommt. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß ausgenommen die Wahlen in den großen Städten, das sog. Kaiserliche Wahlrecht durch die Zulassung der Wahl von „Wägen“ in gewissem Sinne ersetzt wird. München, 12. Okt. Der Sachverständige Thimme erklärte, daß das Notwendige für ein politisches Informationsbüro sei eine fremde Macht sei. Der eigentliche Leiter des Büros sei im übrigen zweifellos ein Deutscher, der sich an eine fremde Macht verkauft habe. Die Berichte Semblés seien von A bis J Tartarenadressierten. Die Berichte Fedenbach seien lebhaft gefastet und übertrieben. In mehreren Fällen habe Fedenbach wider besseres Wissen die Unwahrscheinlichkeit des kühnen, daß Wiener seine Altersfälschungen bewußt beging. Auf weitere Fragen erklärte der Sachverständige, daß gewisse Berichte Fedenbachs eher eine das Reichswahl fördernde als schädigende Wirkung gehabt haben könnten. Einige Berichte jedoch könnten gefährlich werden. Hinsichtlich des Vorgangs in Sachverständigen überzeugt, daß er im großen und ganzen in deutsch-fremden Sinne handelte. Für das Verhalten Fedenbachs sei in erster Linie der Kampf für die Reichseinheit ausschlaggebend gewesen. Er wollte einen Druck auf die Reichsregierung wegen der Separationsforderungen ausüben. — Damit wurde die Beweisführung geschlossen. München, 12. Okt. In der heutigen Nachmittagsveranstaltung im Fedenbach-Prozess hielt der Staatsanwalt sein Plädoyer. Die Anklage gegen Fedenbach zielt in allen Punkten aufrecht, dem er vorwarf, daß er Landesverrat verübt habe, als Deutschland am Schwersten darniederlag. Sein Strafamt laute gegen Fedenbach auf 15 Jahre Zuchthaus. Gegen Garas, der als politischer Spion die deutsche Gastfreundschaft mißbraucht habe, um Deutschland an seine Feinde zu verzerren, beantragte er eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren und 10 Jahre Ehrverlust. Semblés habe als Vertreter der halbdämlichen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gegen Judenleben eine gefährliche Tätigkeit entfaltet. Gegen ihn lautete der Haftbefehl wegen des Separationsantrags auf 14 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

über. Die ihnen abgenommenen Waren werden dem Zollamt zur Verfügung gestellt. Die weitere Folge ist die Ausweisung. München, 13. Okt. Von Abgeordneten des Bayerischen Landtages wurde im Landtag eine kurze Anfrage eingebracht, in der die Bekämpfung angefordert wird, daß die Münchener Schuhwaren-Gewerkschaften „Romco“ und „Reptun“ große Schenkungen gemacht und massenhaft eingelagerte, billige gefälschte Schuhwaren jetzt zu 4000 Mark ausgesetzt haben. Die Regierung wird gefragt, ob Schritte unternommen sind, um diese zurückgehaltenen Schuhwaren der notleidenden Bevölkerung auszuführen. Jena, 13. Okt. Die Universität gibt bekannt, daß Ausländer an der Universität zugelassen werden, soweit den Deutschen im Verhältnis des ausländischen Studierenden Gegenseitigkeit verbürgt ist. Ausländer haben den fünfjährigen Betrag der für Ausländer geltenden Unterrichtsgebühren, Gebühren und Sachkostenbeiträge zu entrichten; Erhöhung bleibt vorbehalten. Berlin, 13. Okt. Wie aus Leipzig gemeldet wird, findet am kommenden Montag die Einführung des neuen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons statt. In diesem Zweck werden sich der Reichspräsident und der Reichsminister Radowitz nach Leipzig begeben. Beide werden Auftritte halten. Darauf wird sich Dr. Simons mit einer Einführungsrede den Mitgliedern des Reichsgerichts vorstellen und Vertreter des Richterkollegiums und der Rechtsanwaltschaft werden antworten. Berlin, 13. Okt. Der Reichstagsausschuß für Bildungswesen hat nach der Sommerpause keine Verhandlungen über das Reichsschulgesetz wieder aufgenommen, setzte aber zunächst die Beratung über die Paragraphen 2 bis 4 aus, da über sie noch Beratungen unter den Regierungsparteiern stattfinden sollen. Bei Paragraph 6 wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei beschlossen, auch das Antragrecht solcher Erziehungsberechtigten, die Ausländer oder nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, auszuüben.

Das neue Gemeinderatswahlgesetz. Außer den schon erwähnten Erweiterungen des Wahlrechts bringt der neue Gesetzentwurf über die Änderung des Gemeinderatswahlgesetzes, der jetzt im Druck erschienen ist, auch noch die Bestimmungen, daß gemäß Art. 17 der Reichsverfassung die Gemeinderatswahl fünfjährig in allen Gemeinden des Landes nach den Grunddaten der Verhältnisschätzung stattfinden müssen, während bisher Gemeinden von weniger als 500 Einwohnern von dieser Bestimmung ausgenommen waren. Außerdem will eine neue Bestimmung verhindern, daß, wie bei den letzten Wahlen in kleineren Gemeinden vorgekommen ist, im Falle der vorübergehenden Einziehung weiterer Wahlberechtigung oder bei Nichtabhaltung einer Abstimmung der Wähler, keinen Wahlvorschlages einzureichen, nur der eine eingereichte Wahlvorschlages zum Zuge kommt. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß ausgenommen die Wahlen in den großen Städten, das sog. Kaiserliche Wahlrecht durch die Zulassung der Wahl von „Wägen“ in gewissem Sinne ersetzt wird. München, 12. Okt. Der Sachverständige Thimme erklärte, daß das Notwendige für ein politisches Informationsbüro sei eine fremde Macht sei. Der eigentliche Leiter des Büros sei im übrigen zweifellos ein Deutscher, der sich an eine fremde Macht verkauft habe. Die Berichte Semblés seien von A bis J Tartarenadressierten. Die Berichte Fedenbach seien lebhaft gefastet und übertrieben. In mehreren Fällen habe Fedenbach wider besseres Wissen die Unwahrscheinlichkeit des kühnen, daß Wiener seine Altersfälschungen bewußt beging. Auf weitere Fragen erklärte der Sachverständige, daß gewisse Berichte Fedenbachs eher eine das Reichswahl fördernde als schädigende Wirkung gehabt haben könnten. Einige Berichte jedoch könnten gefährlich werden. Hinsichtlich des Vorgangs in Sachverständigen überzeugt, daß er im großen und ganzen in deutsch-fremden Sinne handelte. Für das Verhalten Fedenbachs sei in erster Linie der Kampf für die Reichseinheit ausschlaggebend gewesen. Er wollte einen Druck auf die Reichsregierung wegen der Separationsforderungen ausüben. — Damit wurde die Beweisführung geschlossen. München, 12. Okt. In der heutigen Nachmittagsveranstaltung im Fedenbach-Prozess hielt der Staatsanwalt sein Plädoyer. Die Anklage gegen Fedenbach zielt in allen Punkten aufrecht, dem er vorwarf, daß er Landesverrat verübt habe, als Deutschland am Schwersten darniederlag. Sein Strafamt laute gegen Fedenbach auf 15 Jahre Zuchthaus. Gegen Garas, der als politischer Spion die deutsche Gastfreundschaft mißbraucht habe, um Deutschland an seine Feinde zu verzerren, beantragte er eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren und 10 Jahre Ehrverlust. Semblés habe als Vertreter der halbdämlichen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gegen Judenleben eine gefährliche Tätigkeit entfaltet. Gegen ihn lautete der Haftbefehl wegen des Separationsantrags auf 14 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Wie weit diese Meldungen zutreffen, läßt sich im Moment noch nicht nachprüfen. Richtig ist nach unserer Kenntnis, daß in Besprechungen der Parteiführer mit Reichsanwalt Bauer und Minister Dr. Köster von beiden der Wunsch geäußert wurde, Herr Kempke möchte seine Argumente doch auch dem Reichspräsidenten selber mitteilen. Aus Paris wird gerade in dem Moment gemeldet, daß Stinnes sich nicht dort aufhalte, sondern daß im Gegenteil Luberjag demnächst nach Berlin kommen werde. Die „Vossische Zeitung“ erzählt dann noch in dem Zusammenhang, die Leitung der deutschnationalen Volkspartei hätte sich kürzlich an Hindenburg mit dem Ersuchen gewandt, eine deutschnationale Kandidatur für die Präsidentschaft anzunehmen. Der Feldmarschall hätte sich auch dazu bereit erklärt.

Jur Kartoffelverwertung.

Berlin, 12. Okt. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates nahm einen eingehenden Bericht des Unterausschusses für Landwirtschaft und Ernährung über die Kartoffelverwertung entgegen. In der sich hieran anschließenden Erörterung betonen die Vertreter der Landwirtschaft, daß für die zur Zeit wieder wie im Vorjahr einsetzende Preissteigerung seitens der Landwirtschaft kein Anlass gegeben werde, da die Ernte gut und das Angebot reichlich sei. Die Erzeugerpreise sind bisher mäßig, so in Schlesien z. B. nicht über 300 Mark der Zentner. Unregelmäßigkeiten in der Verwertung sind jedoch von der mangelhaften Abwesenheit seitens der Eisenbahn zu beklagen. In der letzten Zeit wurde nur ein Fünftel der angeforderten Wagen gestellt. — Demnach faßte der Ausschuß folgenden Beschluß: 1. Der Erörterung der Kartoffelverwertungsstelle in den nächsten Wochen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, 2. dahin zu wirken, daß die Reichsregierungsverwaltung in höherem Maße Wagen vor Eintritt des Herbstes für den Kartoffeltransport zur Verfügung stellt, 3. zu erwägen, ob nicht eine Ausdehnung der Sperrung für den Verkehr der Fabrikkartoffeln über den 15. Oktober 1922 hinaus angebracht ist.

Eine Regierungserklärung zur Teufelordnung.

Berlin, 13. Okt. Vor Vertretern der Berliner Presse gab gestern ein Vertreter der Regierung eine Darstellung der Bewirtschaftung, die zum Glück der Rotverordnungen geführt haben. Er führte aus: Das in Papiermarkt angelegte Kapital ist bereits zu 90% einverleibt. Die Ursache der Geldentwertung hat man in der schlechten Lage unserer Danke- und Zahlungsbilanz zu suchen. Die Stadt vor der Mark ist die Haupttriebfeder bei der kurzfristigen Verschlechterung unserer Währung im Ausland und der Übergang zur Zahlung in ausländischen Devisen. Dieser Zustand ist auf die Dauer unmöglich, denn er stellt Deutschland vor die Gefahr, daß es seine eigene Währung überbauen einbüßt, und damit die Bestimmung über sein volkswirtschaftliches Schicksal verliert. Auch die Sparfähigkeit und die Kapitalbildung werden dadurch beeinträchtigt, um schließlich ganz auszubleiben. Die Rotverordnungen hat einen volkswirtschaftlichen Zweck. Wirtschaftspolitische Maßnahmen werden von der Regierung noch ergriffen. Sie sollen in der Schaffung eines Anlage-Papiers bestehen, das neben dem Verlust des Deutschen Handels die Möglichkeit bietet, erdpartes und neu zu bildendes Kapital zu einem günstigen Zins anzulegen. Mit dieser Maßnahme allein ist es aber nicht getan, solange sich nicht die öffentliche Meinung mit Radikal auf die Seite der Verordnung stellt.

Katastrophale Finanzlage der Stadt Berlin.

Berlin, 13. Okt. Der Berliner Oberbürgermeister hat in einer Besprechung mit den Fraktionsführern der Stadtverordnetenversammlung diesen die erschütternde Mitteilung gemacht, daß Berlin unmittelbar vor einer Katastrophe stehe und demnach zahlungsunfähig sein würde, wenn die Steuern, sowie die Tarife für die Straßenbahn nicht sofort erhöht würden. Er hat die gleiche Erklärung dann auch noch im Plenum wiederholt. Wenn die Steuern nicht kommen und die Straßenbahnlohn nicht auf 30 Mark erhöht würde, könne Berlin die erhöhten Löhne nicht mehr zahlen. Berlin hätte auch schon die Straßenbahnbauten stilllegen müssen. Sehr entschieden wandte sich der Oberbürgermeister gegen die Verkaufspolitik der Reichseisenbahn. Sie halte die Verrentungseisenbahn zu niedrig, erhöhe aber die Gütertarife in unerhörter Weise. Auf die Art lämen wir wirtschaftlich immer mehr zurück. Der 30-Mark-Tarif in Berlin wird kommenden Dienstag eingeführt werden. Der sofortigen Verabschiedung der Vorlage widersprechen gehen die Kommunisten.

Die Reichspolitik trat in dieser Woche, da Reichstag und Reichsanwalt in den Ferien weichen, etwas in den Hintergrund. Die wenig wir in der Welt draußen noch gelten, ergibt sich aus der tief bedauerlichen Tatsache, daß der Dollarkurs wieder auf 3000 Mark in die Höhe schwebte und sich auch nach einem Rückschlag auf 2500 Mark erhob. Sicherlich sind davon auch zum Teil Spekulationsmanöver schuld, denen man längst, und zwar schon seit Jahr und Tag, von Reichswegen hätte zu weichen müssen. Jetzt, wo das Geld am höchsten ist und die Einkünfte fast sind, werden endlich Regierungsmaßnahmen ergriffen. Was aber die Vorlage dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt, sollen gar noch Sachverständige und Interessenten gutachten gehört werden; und bis dann noch Reichstag und Reichsanwalt ihre Arbeit an dem Werke getan haben, wer weiß, was bis dahin aus und geworden ist! Die wirklichen Wucherer, die sich auch hier wieder zeigt, nicht auf dem Lande, sondern in den Großstädten, wo sie abends mit dem mühseligen Schachererwerb die Solennitäten bedürfen, werden ein großer Teil des Geldes darbt und uns im Winter die Hungersnot bevorsteht. Die Teuerung macht ungeheure Fortschritte; der Zentner Weizenmehl kostet jetzt 10 000 Mark, und doch fließt dieses Geld zum größten Teil in die Taschen der Bauern. Man sollte wirklich einmal zum Reichstag wählen, um ein klares Bild über die Volkswirtschaft zu bekommen. Entweder ist aber nur von einer Wahl des Reichspräsidenten die Rede, die auf den 3. Dezember angelegt ist. Nächste Woche tritt der Reichstag wieder zusammen, dann wird man Näheres hören.

Man sieht seiner Arbeit in den breitesten Schichten des Volkes mit größter Gleichgültigkeit entgegen. Selbst in Arbeiterkreisen hat man, wie die Weltdeutsche Arbeiterzeitung berichtet, vom politischen Leben des Reiches, der Länder und Gemeinden eine sehr flüchtige Vorstellung. Selbst der Arbeiter sieht nicht ein, warum der politische Apparat so kompliziert ist, und er hat den Verdacht, daß das alles nur deshalb so umständlich und wiederholend sei, um möglichst viele gut bezahlte Beamtenstellen zu schaffen. Bestenfalls ist, nebenbei bemerkt, das Kennzeichen jeder Republik.

Die Gefahr eines neuen Weltkrieges im Osten ist wieder einmal beschworen. In Wundaria haben sich die Anführer der Entente geeinigt, nachdem zuvor die Franzosen und Engländer ihre Meinungsverschiedenheiten bei der Annahernde des Reichs Kurzen auf Kosten Deutschland in Paris ausgeglichen haben. Es ist wieder, wie es noch immer bei den Orientkriegen zwischen den Ententebrüdern war: Deutschland bestreitet die Rechte. Die Engländer haben den Franzosen zum Teil für die Unterdrückung Englands auf der genannten Konferenz einen Vertragsentwurf vorgelegt, der den französischen Forderungen nach politischen und militärischen Bürgschaften im Rheinland weitestgehendes Entgegenkommen zeigt. Also damit die Engländer an den Verhandlungen teilnehmen dürfen, bitten sie den deutschen Rhein den Franzosen aus. Und das wird wohl auch so kommen, selbst wenn es sich bewahrheitet, daß Lloyd Georges Tone gezählt sind und daß er nach den Ermordungen zum Parlament Lord Curzon als Nachfolger erwählt. Man spricht immer davon, er habe auf das falsche Pferd gesetzt. Wir sollten uns einmal selbst fragen, ob wir bei der Seite um Leben und Sterben in England das richtige Pferd gewahrt haben.

über. Die ihnen abgenommenen Waren werden dem Zollamt zur Verfügung gestellt. Die weitere Folge ist die Ausweisung. München, 13. Okt. Von Abgeordneten des Bayerischen Landtages wurde im Landtag eine kurze Anfrage eingebracht, in der die Bekämpfung angefordert wird, daß die Münchener Schuhwaren-Gewerkschaften „Romco“ und „Reptun“ große Schenkungen gemacht und massenhaft eingelagerte, billige gefälschte Schuhwaren jetzt zu 4000 Mark ausgesetzt haben. Die Regierung wird gefragt, ob Schritte unternommen sind, um diese zurückgehaltenen Schuhwaren der notleidenden Bevölkerung auszuführen. Jena, 13. Okt. Die Universität gibt bekannt, daß Ausländer an der Universität zugelassen werden, soweit den Deutschen im Verhältnis des ausländischen Studierenden Gegenseitigkeit verbürgt ist. Ausländer haben den fünfjährigen Betrag der für Ausländer geltenden Unterrichtsgebühren, Gebühren und Sachkostenbeiträge zu entrichten; Erhöhung bleibt vorbehalten. Berlin, 13. Okt. Wie aus Leipzig gemeldet wird, findet am kommenden Montag die Einführung des neuen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons statt. In diesem Zweck werden sich der Reichspräsident und der Reichsminister Radowitz nach Leipzig begeben. Beide werden Auftritte halten. Darauf wird sich Dr. Simons mit einer Einführungsrede den Mitgliedern des Reichsgerichts vorstellen und Vertreter des Richterkollegiums und der Rechtsanwaltschaft werden antworten. Berlin, 13. Okt. Der Reichstagsausschuß für Bildungswesen hat nach der Sommerpause keine Verhandlungen über das Reichsschulgesetz wieder aufgenommen, setzte aber zunächst die Beratung über die Paragraphen 2 bis 4 aus, da über sie noch Beratungen unter den Regierungsparteiern stattfinden sollen. Bei Paragraph 6 wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei beschlossen, auch das Antragrecht solcher Erziehungsberechtigten, die Ausländer oder nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, auszuüben.

Wie weit diese Meldungen zutreffen, läßt sich im Moment noch nicht nachprüfen. Richtig ist nach unserer Kenntnis, daß in Besprechungen der Parteiführer mit Reichsanwalt Bauer und Minister Dr. Köster von beiden der Wunsch geäußert wurde, Herr Kempke möchte seine Argumente doch auch dem Reichspräsidenten selber mitteilen. Aus Paris wird gerade in dem Moment gemeldet, daß Stinnes sich nicht dort aufhalte, sondern daß im Gegenteil Luberjag demnächst nach Berlin kommen werde. Die „Vossische Zeitung“ erzählt dann noch in dem Zusammenhang, die Leitung der deutschnationalen Volkspartei hätte sich kürzlich an Hindenburg mit dem Ersuchen gewandt, eine deutschnationale Kandidatur für die Präsidentschaft anzunehmen. Der Feldmarschall hätte sich auch dazu bereit erklärt.

Jur Kartoffelverwertung.

Berlin, 12. Okt. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates nahm einen eingehenden Bericht des Unterausschusses für Landwirtschaft und Ernährung über die Kartoffelverwertung entgegen. In der sich hieran anschließenden Erörterung betonen die Vertreter der Landwirtschaft, daß für die zur Zeit wieder wie im Vorjahr einsetzende Preissteigerung seitens der Landwirtschaft kein Anlass gegeben werde, da die Ernte gut und das Angebot reichlich sei. Die Erzeugerpreise sind bisher mäßig, so in Schlesien z. B. nicht über 300 Mark der Zentner. Unregelmäßigkeiten in der Verwertung sind jedoch von der mangelhaften Abwesenheit seitens der Eisenbahn zu beklagen. In der letzten Zeit wurde nur ein Fünftel der angeforderten Wagen gestellt. — Demnach faßte der Ausschuß folgenden Beschluß: 1. Der Erörterung der Kartoffelverwertungsstelle in den nächsten Wochen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, 2. dahin zu wirken, daß die Reichsregierungsverwaltung in höherem Maße Wagen vor Eintritt des Herbstes für den Kartoffeltransport zur Verfügung stellt, 3. zu erwägen, ob nicht eine Ausdehnung der Sperrung für den Verkehr der Fabrikkartoffeln über den 15. Oktober 1922 hinaus angebracht ist.

Eine Regierungserklärung zur Teufelordnung.

Berlin, 13. Okt. Vor Vertretern der Berliner Presse gab gestern ein Vertreter der Regierung eine Darstellung der Bewirtschaftung, die zum Glück der Rotverordnungen geführt haben. Er führte aus: Das in Papiermarkt angelegte Kapital ist bereits zu 90% einverleibt. Die Ursache der Geldentwertung hat man in der schlechten Lage unserer Danke- und Zahlungsbilanz zu suchen. Die Stadt vor der Mark ist die Haupttriebfeder bei der kurzfristigen Verschlechterung unserer Währung im Ausland und der Übergang zur Zahlung in ausländischen Devisen. Dieser Zustand ist auf die Dauer unmöglich, denn er stellt Deutschland vor die Gefahr, daß es seine eigene Währung überbauen einbüßt, und damit die Bestimmung über sein volkswirtschaftliches Schicksal verliert. Auch die Sparfähigkeit und die Kapitalbildung werden dadurch beeinträchtigt, um schließlich ganz auszubleiben. Die Rotverordnungen hat einen volkswirtschaftlichen Zweck. Wirtschaftspolitische Maßnahmen werden von der Regierung noch ergriffen. Sie sollen in der Schaffung eines Anlage-Papiers bestehen, das neben dem Verlust des Deutschen Handels die Möglichkeit bietet, erdpartes und neu zu bildendes Kapital zu einem günstigen Zins anzulegen. Mit dieser Maßnahme allein ist es aber nicht getan, solange sich nicht die öffentliche Meinung mit Radikal auf die Seite der Verordnung stellt.

Katastrophale Finanzlage der Stadt Berlin.

Berlin, 13. Okt. Der Berliner Oberbürgermeister hat in einer Besprechung mit den Fraktionsführern der Stadtverordnetenversammlung diesen die erschütternde Mitteilung gemacht, daß Berlin unmittelbar vor einer Katastrophe stehe und demnach zahlungsunfähig sein würde, wenn die Steuern, sowie die Tarife für die Straßenbahn nicht sofort erhöht würden. Er hat die gleiche Erklärung dann auch noch im Plenum wiederholt. Wenn die Steuern nicht kommen und die Straßenbahnlohn nicht auf 30 Mark erhöht würde, könne Berlin die erhöhten Löhne nicht mehr zahlen. Berlin hätte auch schon die Straßenbahnbauten stilllegen müssen. Sehr entschieden wandte sich der Oberbürgermeister gegen die Verkaufspolitik der Reichseisenbahn. Sie halte die Verrentungseisenbahn zu niedrig, erhöhe aber die Gütertarife in unerhörter Weise. Auf die Art lämen wir wirtschaftlich immer mehr zurück. Der 30-Mark-Tarif in Berlin wird kommenden Dienstag eingeführt werden. Der sofortigen Verabschiedung der Vorlage widersprechen gehen die Kommunisten.

Deutschland.

München, 13. Okt. Im bayerischen Landtag haben sich die Fraktionen der MSP und USB vereinigt. Dazu ist noch ein kommunalistischer Abgeordneter getreten, so daß jetzt die Vereinigten Sozialisten im Landtag 42 Mandate haben, gegenüber einer Gesamtmandatszahl von 138.

München, 13. Okt. Der Hauptteil der Ausläufer Deutschlands in Bayern besteht nach den bisherigen Ermittlungen aus Italienern und Angehörigen der Tschecho-Slowaken. Die Tschechen erhalten Weltkräften bis zu 10 000 Mark und dar-

Im Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 13. Okt. Die „Vossische Zeitung“ behauptet heute, der Wunsch, der im gegenwärtigen Stadium namentlich auch von der Deutschen Volkspartei geäußert worden ist, nämlich nach einer Verlesung der Reichspräsidentenwahl bis zum Sommer 1924, hätte Aussicht auf Erfüllung. Demgegenüber Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei hätten mit dem Reichspräsidenten selber und mit links und rechts von ihnen sitzenden Parteien Mitteilung genommen. Stinnes hätte sich zuerst in Paris auf, wo er mit hervorragenden offiziellen und inoffiziellen Persönlichkeiten französischer Verbindungen gebildet hätte, die über den Rahmen der Verbindungen mit Luberjag hinaus weitreichende politische Bedeutung hätten. Vor seiner Abreise nach Frankreich sei Hugo Stinnes mit dem Abgeordneten Kempke vom Reichspräsidenten empfangen worden. Dabei hätten Stinnes und Kempke dem Reichspräsidenten ausdrücklich die Innen- und außenpolitischen Gründe auseinandergesetzt, welche zurecht gegen die Reichspräsidentenwahl sprächen.

Ausland.

London, 13. Okt. Senator Derriot bezeichnet vor seiner Abreise aus Moskau die Förderung der russisch-französischen Annäherung als seine Aufgabe.

Wien, 13. Okt. Die griechische Regierung unterrichtet die Presse, daß sie das Abkommen von Wundaria in drei Tagen unterzeichnen wolle. Sie warte nur noch die Rückkehr der Delegierten ab, um von ihnen über die Bedingungen des Abkommens, besonders was die Räumung Thrazien betrifft, aufgeklärt zu werden.

Eine politische Rundreise Lloyd Georges.

London, 13. Okt. Wie die Mäcker wissen, wird Lloyd George heute vormittag nach London zurückkehren und nachmittags nach Manchester fahren. Wahrscheinlich wird er vorher eine Audienz beim König haben. Am Samstag wird Lloyd George in Manchester, Lifford und Blackpool Reden halten. Churchill wird nächsten Dienstag in Bristol sprechen. „Evening Standard“ zufolge unterschreiben die inoffiziellen Führer im Kabinett Lloyd George. Sie sollen ein Vertrauensvotum für ihn angenommen haben. Es herrscht jedoch die Ansicht, daß der übrige Teil der unionistischen Partei auf der im November stattfindenden Konferenz die Oberhand gewinnen wird.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 14. Okt. In der Freitagabend bei Stad zur „Eintracht“ abgehaltenen zahlreich besuchten Versammlung des „Haus- und Grundbesitzervereins“ schiederte nach

Musikpreis

Die einpaltige Zeitschrift des
Herrn Baum L. Beitzel & Co. — A.
außerhalb des Landes 10. — A.
einfach. Inland 10. — A.
Kostenvorgabe 100 Mark.
Zustlag, Offerte u. Zus.
Antragstellung 5 Mt. Ke.
Name-Beitrag 20 Mt.

Bei größeren Aufträgen ent-
sprechender Rabatt, der im
Falle des Nachrückens
hinzufigt wird, ebenso wenn
Zahlung nicht innerhalb
4 Wochen nach Rechnungs-
datum erfolgt.

Verantwortl. Nr. 4.
Für technische Ratschläge
wird keinerlei Gewähr über-
nommen.

Beinsswert“
recht, auch fernere
ich auch in den
meine verechf.
Gewinn, sondern
zum Einkauf.
Ausplatz.

11. Oktober 1922.
zeige.
Bekannt machen
unfere 16. Tochter
Märkte
Krankenhaus
ertrugem Leiden
ist.
Den Hinterbliebenen:
Märkte.
Samstag nachmittag
halt.

Karten
Buchdruckerei.
u.
weih-Festes
Erhaltung
Musterkapelle
zum „Hirsch“.
guten neuen und alten

„Hirschen“.
Kirchweih
Montag, den 15. Okt.
Erhaltung
ste, gute Weine.
Luitnauer.
enz.
chweihfestes
Montag
„Hirschen“ in Höfen
ftigung
wozu freunbl. einladet
Schmauderer.
und neue Weine ist

Belanntgabe der letzten Protokolle der Vorsitzende, Fabrikant Keller, in ausführlichen Vorlesungen die Verhandlungen mit der Mieter-Organisation und dem vorbereitenden Ausschuss des Gemeinderats am 6. Oktober und im Anschluss daran die Verhandlungen im Gemeinderat. Zu ersteren waren vom Haus- und Grundbesitzer-Verein neben Vorstand Keller die Ausschussmitglieder Herenbach, Emil Dast und Krieger, von Seiten der Mieter 3 Vertreter erschienen. Der vorbereitende Ausschuss bestand aus Stabschef Knobel als Vorsitzender, ferner aus Stadtbauamtsrat Steiger, Ratsschreiber Kästing und den Gemeinderäten Hartmann, Hinderer, Kuh und Rabler, letzterer war nicht erschienen. Das Ergebnis der gemeinsamen Beratungen, bemerkte der Redner, war dasselbe wie bisher, man sah wohl auf Mieterseite die finanzielle Not der Hausbesitzer ein und sah unter solchen Verhältnissen die Häuser einer Verwahrlosung entgegengehen müssen, aber bewilligt wurde grundsätzlich trotzdem nichts. Er habe auf Grund von Tatsachen an 4 Häusern nachgewiesen, dass man, um reparieren zu können, was unbedingt nötig ist, mindestens das 1100- bis 1700fache der Friedensmiete haben müsste. Die Vertreter des Haus- und Grundbesitzer-Vereins forderten 80 Prozent der Friedensmiete, von Seiten der Gegenpartei wurden nur 65 Prozent bewilligt und hienaus vom Vorsitzenden des vorbereitenden Ausschusses ein Vermittlungsorschlag von 66 Prozent gemacht; ferner forderten die Vertreter des Haus- und Grundbesitzer-Vereins, dass man die Betriebskosten, Steuern, Haftpflichtversicherung und Brandschadensbeitrag, was das einzig gerechte wäre, anlege, es sei nicht zugehanden worden. Von der Gegenpartei wurde Neumann mit Bissingen verglichen, ein Vergleich, der nicht gerecht sei, während man Städte, wie Schwäbingen, Ulm, Reutlingen, wo für Instandsetzungsarbeiten 90 Prozent festgelegt seien, gänzlich außer Acht ließ. Da sich die Vertreter mit der Gegenpartei unter solchen Umständen mit Ausnahme des 14prozentigen Zuschlags für Untermieter nicht einigen konnten, so war das Resultat ein negatives. Während die Vertreter des Vereins in der vorbereitenden Sitzung beratende Stimme hatten, waren sie in der Gemeinderatsitzung stumme Zuhörer. In längeren Darlegungen gab Redner ein Bild dieser Gemeinderatsitzung, bei welcher es an interessanten Vorgängen nicht fehlte. Unter anderem wurde in der Gemeinderatsitzung von Mieterseite betont, dass viele Mieter diese hohen Mieten nicht bezahlen können. Er habe ausgerechnet, dass ein Arbeiter in der Friedenszeit für eine Dreizimmerwohnung monatlich 60 Stunden arbeiten müsste, heute bei den gegenwärtigen Löhnen kaum 2 Stunden bei einer siebenfachen Friedensmiete. Es fehle eben auf Mieterseite an der nötigen Einsicht und dem guten Willen, den Vermietern das zu geben, was sie im Interesse der Erhaltung der Häuser dringend benötigen. Das zeigte sich auch an dem Verhalten verschiedener Gemeinderatsmitglieder. Während die bürgerlichen Gemeinderäte unparteiisch sich der Vermieter annähmen, traf dies auf der Gegenseite nicht zu. Hier werde eben nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach parteipolitischen Gesichtspunkten gehandelt. Bei dieser Gelegenheit übte Redner scharfe Kritik an dem Verhalten eines Gemeinderats, der nicht beschreiten konnte, dass die Hausbesitzer wirklich in einer misslichen Lage seien, trotzdem aber im Vermieter nur diejenige Verschuldung sähe, welche sich auf Kosten des Mieters Vorteile verschaffen wolle. Interessant war auch die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses über den Verwaltungsausschuss von 15 oder 30 Prozent, der nur mit 25 Prozent durchging. Redner nahm am Schlusse seiner Darlegungen, die ausführlich wiederzugeben und der Raum nicht zulässt, Veranlassung, den Gemeinderäten Kuh, Kaiser und Gähler für ihre freimütige, gerechte, dabei unparteiische Haltung Dank zum Ausdruck zu bringen. Eine längere Ansprache schloß sich an den Bericht des Vorsitzenden, in welcher zunächst der Dank für die Tätigkeit von Vorstand Knobel und Ausschuss und das Einverständnis mit deren Haltung zum Ausdruck kam. Dann wurde an verschiedenen Tatsachenmaterial nachgewiesen, daß die siebenfache Friedensmiete, von welcher mander Vermieter anfänglich glaubte, sich zufrieden geben zu können, bei weitem nicht genüge. Sie enthalte im Gegenteil sehr, wie dies aus Grund von Beispielen gezeigt wurde. Zur Sache selbst wurde beschloffen, in einer Beschlusse an das Oberamt, dessen Entscheidung endgültig sei, sich mit dem Gemeinderat bestmöglichen Sähen nicht einverstanden zu erklären und dies einbringend zu begründen. Es sollen folgende Forderungen gestellt werden: 8 Prozent Abzug von der Friedensmiete für Verwaltungstätigkeit 50 Prozent, bei größeren Mietbauern 100 Prozent, Betriebskosten auf Umlage, für laufende und größere Instandsetzungsarbeiten je 500 Prozent, für gewerbliche Räume 100-300 Prozent Zuschlag. Nach Besprechung weiterer Mietfragen und einem warmen Appell des Vorsitzenden an alle Anwesenden, jederzeit den Versammlungen anzuwohnen, damit die Vereinheitlichung der Ueberzeugung habe, daß die Mitglieder hinter ihre Heben und der Aufforderung, weitere Mitglieder zum Beitritt in den Verein zu werben, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Baden.

Kehl, 12. Okt. Einem hiesigen Weinhändler liefen auf der Eisenbahn zwei Fässer neuen Weines trotz besser Verfrachtung aus. Der den Schaden von über 60 000 Mark zu ersetzen hat, muß sich erst noch erweisen.

Mannheim, 11. Okt. Ein frecher Diebstahl wurde auf der Gießerei am Ringbaudplatz verübt. Dort benützte eine Händlerin als Stoffe eine Holzkiste, in der sie das wertvolle Papiergeld versteckte. Als die Händlerin für einen Augenblick nach einer Seite ihres Lagers gerufen wurde, und die Kiste unbeachtet blieb, benützte ein Dieb der offenbar auf diese Gelegenheit gewartet hatte, diesen Moment und wühlerte die Kiste vollständig aus. Als die Händlerin zurückkehrte, war die Kiste leer. Sie hat einen Verlust von 150 000 Mark zu beklagen.

Handel und Verkehr.

Saberblacht, 13. Okt. (Weinversteigerung.) Zu der Weinversteigerung am Freitag vormittag hatten sich ziemlich Liebhaber eingestellt. Zunächst kamen Rotweine zum Verkauf. Die ersten Breiten laufen pro Dekoliter auf 5000, 5100, 5120, 5050 und bis 5340 Mark. Der höchste Preis, der unter den ersten Versteigerungen gegeben wurde, lautete auf 6050 Mark pro Dekoliter für Weißweine. Bei den weiteren Verkäufen hielten sich die Preise für Rotwein auf 2250 bis 2280 Mark pro Dekoliter.

Wirtschaftliche Wochenrückblick.

Geldmarkt. Die Orientierung ist zwar vorläufig beigestellt, aber auf dem Geldmarkt ist noch lange keine Ruhe eingetreten. Der Dollarfuß notierte am Schlusse dieser Berichtswoche 200, ist also innerhalb 8 Tagen wieder um 500 gestiegen. In diesen tollen Schwüngen ist nicht allein unsere politische und wirtschaftliche Lage, sondern auch die Spekulation schuld, weshalb sich seit dem 13. Oktober in Kraft getretene Notverordnung den Erwerb ausländischer Zahlungsmittel von der Genehmigung einer Verfügungsbefugnis abhängig macht und die Ausfuhr von Zahlungsmitteln bis zu 3 Jahren und mit einer Geldstrafe bis zum zehnfachen Wert delegiert. Die Wirkung bleibt abzuwarten. Vorläufig ist der Geldmarkt noch furchtbar überlastet und der Mangel an Zahlungsmitteln so groß wie je. Am 12. Oktober kosteten 100 deutsche Mark in Paris 0,20% (am 5. Oktober 0,25) Franken; in Amsterdam 0,1 Neben Kiste (0,12) Gulden; in Kopenhagen 0,22 (0,26), in Stockholm 0,17 (0,20) Kronen; in Wien 2700 (3555), in Prag 130 (130) Kronen und in New York 0,03 Neben Kiste (0,04 Neben Kiste) Dollar.

Börse. Die Börse blieb fest trotz immer wiederkehrender Gewinnrealisierungen, die zwar vorübergehend auf die Kurse einwirkten, aber ihre weitere Steigerung auf die Dauer nicht zu verhindern vermochten. Die sogenannten Kollapsaktien wurden unfinnig in die Höhe getrieben, was selbst durch die Entwertung der Mark auf den 700sten Teil nicht zu rechtfertigen ist. Nach politischen Schwierigkeiten fragte man überhaupt nicht, sondern kaufte drauf los, was zu erwischen war, mit Vorliebe Montan- und Maschinenaktien, aber auch Kollapsaktien und Brauereipapiere.

Produktenmarkt. Immer noch Dausse, verborgenen durch schwaches Angebot in Inlandsware und das schnelle Steigen der Devisen. Die Preise sämtlicher Getreidearten haben eine noch nie dagewesene Höhe erreicht. Mehl ist auf 15 000 bis 16 000 Mark der Doppelzentner gestiegen, das heißt um 2500-3500 Mark in einer Woche. An der letzten Landesproduktentbörse in Stuttgart lag Weizen um 5-600 Mark auf 1900 bis 2000, Stroh um 200 bis 300 Mark auf 2000-2200 Mark. Am 12. Oktober kosteten in Berlin Weizen 5400 (plus 1000), Roggen 4850 (plus 1000), Sommergerste 5400 (plus 1200), Hafer 5600 (plus 1300) und Mais 5900 (plus 800) Mark.

Warenmarkt. Die Verhältnisse haben sich in dieser Woche eher noch verschlimmert. Alle Warenkategorien, alle Löhne sind wieder sprunghaft in die Höhe gegangen. Jetzt haben wir wirklich und wahrhaftig österreichische Verhältnisse. Die Not in diesem Winter wird furchtbar werden. Die Preissteigerungen binnen 8 Tagen übersteigen zum Teil 100 Prozent. Der Warenmarkt hat jede Ueberblickbarkeit verloren.

Wienmarkt. Alles ist wieder gestiegen. Industriepreise schwanken von Mark zu Mark, geben aber stark aufwärts. Das Schlachtvieh ist reichlich vorhanden, sogar stark angeboten und trotzdem wieder teurer, so daß beispielsweise Schweinefleisch in Stuttgart jetzt 20, Ochsenfleisch 180 Mark das Pfund kostet. Polzmarkt. Lage unverändert fest.

Neuere Nachrichten.

Stuttgart, 13. Okt. Die demokratischen Abgeordneten Gausmann, Höchner, Ohm und Scheef haben im Landtag folgende kleine Anfrage gestellt: Die Notstände in weiten Bevölkerungskreisen wachsen täglich; trotzdem einzelne Städte und Gemeinden zur Verringerung erhebliche Mittel bereits zur Verfügung gestellt haben, können diese allein ohne Staatsbeihilfe nicht auskommen. In die Staatsregierung bereit, zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage der minderbemittelten Bevölkerung nach dem Vorgang Preußens, das einen Betrag von 600 Millionen Mark und Bayerns, das 200 Millionen Mk. für ähnliche Zwecke zur Verfügung stellt, den würt. Städten und Gemeinden einen Beitrag in Höhe von 100 Millionen Mark hierfür zur Verfügung zu stellen?

Stuttgart, 13. Okt. (Preisrückbildungen.) Wie schon berichtet, hatte der Gemeinderat gestern wieder einige Gehaltsrückbildungen vorzunehmen. Der Gaspreis wurde von 16,50 auf 23 Mark pro Kubikmeter erhöht. Die Stadtwirtschaft hatte eine Erhöhung auf 24 Mark vorgeschlagen. Die Strompreise werden ab 1. Oktober auf 58 Mark (bisher 42 Mark) für Licht und auf 30 (28) Mark für Kraft pro Kilowattstunde festgesetzt. Der Wohnungsbaubankrott erhöht sich bei 2 Bürgern von 168 auf 234 Mark. Für die Straßbahn war für 2 Teilstrecken ein Fahrpreis von 10 Mark und ab 23. Oktober 12 Mark beantragt, für 4 Teilstrecken 15 Mark, 8 Teilstrecken 17 Mark und 12 Teilstrecken 22 Mark. Nach längerer Debatte wurden diese Anträge abgelehnt und ein Vorschlag, einen Einheitspreis zu schaffen, für eine zweite Beratung angenommen.

Stuttgart, 13. Okt. Die Abgeordneten Vogt u. Gen. haben folgende Große Anfrage eingebracht: Die fortgesetzte anhaltende, in den letzten Wochen in rasender Schnelligkeit sich vollziehende Entwertung der Mark ist eine der tiefsten Ursachen unseres wirtschaftlichen und sonstigen Elends, insbesondere auch der herrschenden Verschwendungsgeißel und des Mangels an Sparfüß. In das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung Maßnahmen zu beantragen, die geeignet sind, Abhilfe zu schaffen?

Stuttgart, 13. Okt. Die kommunistische Fraktion brachte im Landtag den Antrag ein, die Regierung möge sich bei der Reichsregierung dafür einsetzen, daß die abgestrichene Sätze des Gesetzes über den Abzug der Einkommensteuer vom Arbeitslohn der Geldentwertung angepaßt werden. Ferner beantragten die Kommunisten, daß die Teuerungszulagen zu den Renten der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen sowie der Sozialrentner so erhöht werden, daß sie in das gleiche Verhältnis gebracht werden zu den Löhnen wie in der Vorkriegszeit.

Stuttgart, 13. Okt. Der Bauernbund hat folgende kleine Anfragen im Landtag eingebracht: Die für den Weinbau ebenfalls recht unangünstige Herbstwitterung macht es notwendig, den diesjährigen Wein durch den gesetzlich gestatteten Zuckersatz zu verbessern. Ist das Staatsministerium bereit, beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft dafür einzutreten, daß den würt. Weinbauern gleich wie in den letzten Jahren auch jetzt wieder entsprechende Mengen Inlandszucker zugeteilt werden? Ein großer Teil der Getreide- und Oelbrenten, sowie der Obst-, Kartoffel- und Rübenenernte ist noch nicht eingeerntet und bei dem anhaltenden Regenwetter dem Verderben ausgeliefert. Die vorhandenen Hilfskräfte reichen nicht aus, um die Ernte einzubringen, da sie der Landwirtschaft fast restlos durch die Industrie entzogen werden. Ist der Minister des Kirchen- und Schulwesens bereit, dahin zu wirken, daß sämtliche Schulen geschlossen werden, bis der größte Teil unserer Früchte eingeerntet ist, so daß Lehrer und Schüler sich an der Vergung ansetzen in diesem Jahre besonders wichtigen Lebens- und Futtermittel beteiligen können?

Karlruhe, 13. Okt. Die demokratische Landtagsfraktion sprach in ihrer heutigen Fraktionssitzung Herrn Dr. Hummel ihren Dank für seine erfolgreiche Tätigkeit als Ministerpräsident und Kultusminister aus. Eine Entscheidung der Fraktion, was sie als Nachfolger vorzuschlagen gedenkt, ist noch nicht gefallen.

Karlruhe, 13. Okt. Wie wir hören, hat in der heutigen Kabinettsitzung der stellvertretende Staatspräsident, Minister Lank, dem Staatspräsidenten Dr. Hummel das Bedauern über sein Ausscheiden aus dem Kabinett ausgesprochen. Er hat dabei im Namen des Kabinetts den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die herzlichen persönlichen und politischen Beziehungen, die Dr. Hummel mit dem Kabinett bisher unterhalten hat, sich auch in Zukunft fortsetzen werden. Staatspräsident Dr. Hummel wird sich morgen nach Basel begeben, um bei einer Festveranstaltung des Deutschen Hilfsvereins die Feste zu halten über das Thema: Das neue Deutschland und die Aufgaben der Auslandsdeutschen.

München, 13. Oktober. Zu der Weibung über die Reichsbeschwerden bei der Reichsregierung, die von Z.N. verbreitet wurde, erfahren die Münchener Nachrichten folgendes: Richtig ist, daß schon vor einiger Zeit verschiedene Landesregierungen, darunter auch preussische, bei zuständigen Stellen ihre Bedenken gegen massenhafte Einwanderung von Volksgewirten in Bezug auf den Ausdruck gebracht haben. Auch der Reichskommissar für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung war diesem Sinne bei der Reichsregierung vorstellig gewesen und hatte darauf hingewiesen, daß die Häufung der beschriebenen Gesuche um Einreisegenehmigung nach Deutschland die unter verschiedenen Vorwänden erfolgten, zu Verbot einreisegenehmigung gäben. Diese Vorstellung dürfte damals auch der bayerischen Regierung unterstellt worden sein, da einer Besondere Bayerns über das Reichskabinett nach der Ausführung der Republik-Schutzgesetz ist in München überhaupt nichts bekannt.

München, 14. Oktober. In der gestrigen Verhandlung schilderte Rechtsanwalt Dr. Ballin als Verteidiger des verklagten Gargas dessen Lebenslauf. Gargas habe sich in dürftigsten Verhältnissen emporgearbeitet. Als frühösterreichischer Staatsangehöriger sei er Zwangspolizeistats aber deutschfreundlich geblieben. Er habe Deutschland nicht verraten wollen. 1880 Berichte sprechen dafür, daß unter Anklage gestellt 40 Berichte bewiesen nicht Gegenteil, viel weniger den ihm zur Last gelegten Landesverrat. Der Angeklagte Lembke verzichtete auf das Schlusswort. Die Verhandlung des Urteils erfolgt am 20. Oktober nachmittags 5 Uhr.

Frankfurt, 13. Okt. Zwischen Bad Soden und Riedberg im Taunus stürzte an einer Kurve ein mit neun Personen besetztes Auto in einen Graben. Drei der aus Frankfurt a. Main stammenden Insassen waren auf der Stelle, ein vierter wurde schwer verletzt.

Wiesbaden, 13. Okt. Das französische Kriegsministerium teilte den algerischen Schützen Anare Kenoui Ben Kenouen des am 12. Juni 1922 verübten Mordes an 19-jährigen Frida Gades in Joffstein zum Tode.

Düsseldorf, 14. Okt. Wegen des Vorfalles am vergangenen Sonntag in Oberkassel, wo ein junger Oberleutnant Turner im Anschluß an eine Vereinsfestlichkeit von drei belgischen Marinejägern erschossen worden erschienen gestern Nachmittag der belgische Delegierte der Rheinlandkommission von Neuh und der Ortskommandant bei dem Vertreter des Düsseldorfer Oberbürgermeisters Oberkassel und sprachen ihm und der deutschen Regierung in Namen der Rheinlandkommission ihr Beileid aus.

Leipzig, 13. Okt. Die Untersuchung des vergifteten Konzerts ist jetzt beendet. Es ist einwandfrei festgestellt, daß die Bratliner durch Puzumischen von Arsenik vergiftet und dann kunstvoll wieder verschlossen worden sind. Die Hälfte des Rückens ist noch vorhanden. In einzelnen der Bratliner ist eine so große Menge Arsenik enthalten, daß der Genuß dieses Konzerts tödlich geendete hätte.

Magdeburg, 14. Oktober. Die Magdeburger Zeitung berichtet aus dem benachbarten Frobie, daß es am Sonntag Abend in der dortigen Feldmark zwischen einem Polizeibeamten und drei Feldjagdbeamten, welche letzteren in Dunkelheit der Polizeibeamte verdächtig vorkam, zu einem Schießerei kam. Dabei wurde ein Feldjagdbeamter getötet ein zweiter, sowie der Polizeibeamte schwer verletzt.

Berlin, 13. Okt. Im Auftrag des Heimatsbundes Preußen hatten Königsberger Firmen anlässlich des Besuches des Generalfeldmarschalls Hindenburgs im Sommer dieses Jahres in Ostpreußen einen Film hergestellt, in dem die Ereignisse der Hindenburgreise gezeigt werden sollten. Auf dem sollte dieser Film durch Aufnahmen der bedeutendsten Baudenkmäler und einzelner Bilder aus dem Wiederaufbaugebiet eine Propaganda für Ostpreußen werden. Der Film sollte die übrige reichsdeutsche Bevölkerung darauf aufmerksam machen, wie Ostpreußen, das abgeschüttelt und drohte Grenzland, treu zum Reiche hält. Die Filmoberfläche hat nunmehr die Vorführung des Hindenburgfilms in das Reich verboten und nur für Ostpreußen vor Berein und Verbänden, die sich die Pflege der Heimatliebe zur Aufgabe gestellt haben, in geschlossenen Gesellschaften erlaubt.

Berlin, 13. Okt. Die Verhandlungen über die Ausgleichszahlungen haben heute nachmittags 4 Uhr im Reichsfinanzministerium begonnen. Sie werden geführt von deutscher Seite von den Vertretern der beteiligten Ministerien und Ämter und auf der anderen Seite von den Vertretern des englischen, französischen und belgischen Ausgleichsausschusses, auf welcher Basis diese Verhandlungen sich abspielen werden, läßt sich noch nicht sagen. Nur ist immer wieder festzustellen, daß irgendwelche Ausgleichs- und Reparationszahlungen von unserer Seite nicht geleistet werden können. Es muß also zunächst, wenn die Besprechungen zu einem Ziele führen sollen, ein anderer Modus gefunden werden.

Berlin, 14. Okt. Die Gebühren, die in verschiedenen deutschen Einzelstaaten den Ausländern für die Erlangung der Aufenthaltsgenehmigung auferlegt werden, haben im "Germania" zu Vorstellungen bei den deutschen Behörden seitens der englischen Regierung geführt. Das englische Auswärtige Amt sieht darin einen Verstoß gegen den Handelsvertrag. Die Beschwerde bildet zur Zeit den Gegenstand von Beratungen der zuständigen Stellen in Berlin.

Berlin, 13. Okt. Der Bildungsausschuss des Reichstags beriet heute den § 6 des Reichsschulgesetzes zu dem auf Antrag der Deutschen Volkspartei und Deutsch-Katholiken wurde beschloffen: Der schriftliche und von der Erziehungsberechtigten eigenhändig unterschriebene Antrag auf Einrichtung von Bekennerschulen oder Bekennerschulgruppen muß von mindestens 250 Antragsberechtigten oder Schülern mit weniger als 250 Antragsberechtigten von mindestens einem Zehntel derselben, gestellt werden. Berlin, 13. Okt. Die in Berlin versammelten Vertreter des preussischen Richtervereins haben folgenden Beschl

gefaßt: Die interalliierte Kommission der gegenwärtigen deutschen Regierung, die von Z.N. verbreitet wurde, erfahren die Münchener Nachrichten folgendes: Richtig ist, daß schon vor einiger Zeit verschiedene Landesregierungen, darunter auch preussische, bei zuständigen Stellen ihre Bedenken gegen massenhafte Einwanderung von Volksgewirten in Bezug auf den Ausdruck gebracht haben. Auch der Reichskommissar für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung war diesem Sinne bei der Reichsregierung vorstellig gewesen und hatte darauf hingewiesen, daß die Häufung der beschriebenen Gesuche um Einreisegenehmigung nach Deutschland die unter verschiedenen Vorwänden erfolgten, zu Verbot einreisegenehmigung gäben. Diese Vorstellung dürfte damals auch der bayerischen Regierung unterstellt worden sein, da einer Besondere Bayerns über das Reichskabinett nach der Ausführung der Republik-Schutzgesetz ist in München überhaupt nichts bekannt.

Berlin, 14. Okt. In der gestrigen Verhandlung schilderte Rechtsanwalt Dr. Ballin als Verteidiger des verklagten Gargas dessen Lebenslauf. Gargas habe sich in dürftigsten Verhältnissen emporgearbeitet. Als frühösterreichischer Staatsangehöriger sei er Zwangspolizeistats aber deutschfreundlich geblieben. Er habe Deutschland nicht verraten wollen. 1880 Berichte sprechen dafür, daß unter Anklage gestellt 40 Berichte bewiesen nicht Gegenteil, viel weniger den ihm zur Last gelegten Landesverrat. Der Angeklagte Lembke verzichtete auf das Schlusswort. Die Verhandlung des Urteils erfolgt am 20. Oktober nachmittags 5 Uhr.

Frankfurt, 13. Okt. Zwischen Bad Soden und Riedberg im Taunus stürzte an einer Kurve ein mit neun Personen besetztes Auto in einen Graben. Drei der aus Frankfurt a. Main stammenden Insassen waren auf der Stelle, ein vierter wurde schwer verletzt.

Wiesbaden, 13. Okt. Das französische Kriegsministerium teilte den algerischen Schützen Anare Kenoui Ben Kenouen des am 12. Juni 1922 verübten Mordes an 19-jährigen Frida Gades in Joffstein zum Tode.

Düsseldorf, 14. Okt. Wegen des Vorfalles am vergangenen Sonntag in Oberkassel, wo ein junger Oberleutnant Turner im Anschluß an eine Vereinsfestlichkeit von drei belgischen Marinejägern erschossen worden erschienen gestern Nachmittag der belgische Delegierte der Rheinlandkommission von Neuh und der Ortskommandant bei dem Vertreter des Düsseldorfer Oberbürgermeisters Oberkassel und sprachen ihm und der deutschen Regierung in Namen der Rheinlandkommission ihr Beileid aus.

Leipzig, 13. Okt. Die Untersuchung des vergifteten Konzerts ist jetzt beendet. Es ist einwandfrei festgestellt, daß die Bratliner durch Puzumischen von Arsenik vergiftet und dann kunstvoll wieder verschlossen worden sind. Die Hälfte des Rückens ist noch vorhanden. In einzelnen der Bratliner ist eine so große Menge Arsenik enthalten, daß der Genuß dieses Konzerts tödlich geendete hätte.

Magdeburg, 14. Oktober. Die Magdeburger Zeitung berichtet aus dem benachbarten Frobie, daß es am Sonntag Abend in der dortigen Feldmark zwischen einem Polizeibeamten und drei Feldjagdbeamten, welche letzteren in Dunkelheit der Polizeibeamte verdächtig vorkam, zu einem Schießerei kam. Dabei wurde ein Feldjagdbeamter getötet ein zweiter, sowie der Polizeibeamte schwer verletzt.

Berlin, 13. Okt. Im Auftrag des Heimatsbundes Preußen hatten Königsberger Firmen anlässlich des Besuches des Generalfeldmarschalls Hindenburgs im Sommer dieses Jahres in Ostpreußen einen Film hergestellt, in dem die Ereignisse der Hindenburgreise gezeigt werden sollten. Auf dem sollte dieser Film durch Aufnahmen der bedeutendsten Baudenkmäler und einzelner Bilder aus dem Wiederaufbaugebiet eine Propaganda für Ostpreußen werden. Der Film sollte die übrige reichsdeutsche Bevölkerung darauf aufmerksam machen, wie Ostpreußen, das abgeschüttelt und drohte Grenzland, treu zum Reiche hält. Die Filmoberfläche hat nunmehr die Vorführung des Hindenburgfilms in das Reich verboten und nur für Ostpreußen vor Berein und Verbänden, die sich die Pflege der Heimatliebe zur Aufgabe gestellt haben, in geschlossenen Gesellschaften erlaubt.

Berlin, 13. Okt. Die Verhandlungen über die Ausgleichszahlungen haben heute nachmittags 4 Uhr im Reichsfinanzministerium begonnen. Sie werden geführt von deutscher Seite von den Vertretern der beteiligten Ministerien und Ämter und auf der anderen Seite von den Vertretern des englischen, französischen und belgischen Ausgleichsausschusses, auf welcher Basis diese Verhandlungen sich abspielen werden, läßt sich noch nicht sagen. Nur ist immer wieder festzustellen, daß irgendwelche Ausgleichs- und Reparationszahlungen von unserer Seite nicht geleistet werden können. Es muß also zunächst, wenn die Besprechungen zu einem Ziele führen sollen, ein anderer Modus gefunden werden.

Berlin, 14. Okt. Die Gebühren, die in verschiedenen deutschen Einzelstaaten den Ausländern für die Erlangung der Aufenthaltsgenehmigung auferlegt werden, haben im "Germania" zu Vorstellungen bei den deutschen Behörden seitens der englischen Regierung geführt. Das englische Auswärtige Amt sieht darin einen Verstoß gegen den Handelsvertrag. Die Beschwerde bildet zur Zeit den Gegenstand von Beratungen der zuständigen Stellen in Berlin.

Berlin, 13. Okt. Der Bildungsausschuss des Reichstags beriet heute den § 6 des Reichsschulgesetzes zu dem auf Antrag der Deutschen Volkspartei und Deutsch-Katholiken wurde beschloffen: Der schriftliche und von der Erziehungsberechtigten eigenhändig unterschriebene Antrag auf Einrichtung von Bekennerschulen oder Bekennerschulgruppen muß von mindestens 250 Antragsberechtigten oder Schülern mit weniger als 250 Antragsberechtigten von mindestens einem Zehntel derselben, gestellt werden.

Berlin, 13. Okt. Die in Berlin versammelten Vertreter des preussischen Richtervereins haben folgenden Beschl



